

JANNY ARMBRUSTER, ZEPPELINSTR. 123A, 14471 POTSDAM

Initiative Potsdamer Mitte neu denken
per Mail an:
info@potsdamermitteneudenken.de

Janny Armbruster
Kandidatin für das Amt der
Oberbürgermeisterin der Stadt Potsdam

Tel: +49 170 2413534
janny.armbruster@outlook.de

Potsdam, 20.07.2018

WAHLPRÜFSTEINE ZUR OBERBÜRGERMEISTERWAHL DER INITIATIVE POTSDAMER MITTE NEU DENKEN

Antworten der Kandidatin Janny Armbruster

Sehr geehrte Frau Heigl, sehr geehrte Herren Tomczak und Pfrogner,

für die an die Kandidaten gerichteten Fragen zum Thema Stadtentwicklung bedanke ich mich und beantworte sie Ihnen hiermit sehr gern:

1. Nachhaltige Stadtentwicklung

Ihre Frage:

*Das erwartete Bevölkerungswachstum stellt Potsdam in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen. Eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik muss versuchen, diesen Wachstumsprozess zu steuern, indem ökologische, wirtschaftliche und soziale Teillösungen zu einer Gesamtstrategie verbunden werden. Welchen Beitrag kann ein*e Oberbürgermeister*in in diesem Prozess leisten und welche Akzente wollen Sie setzen?*

Meine Antwort:

Die Sichtweise, die Sie in ihrer Frage formulieren, teile ich ausdrücklich. Ich habe sie als ersten Punkt meines Programms für Potsdam benannt. Die gestiegene Anziehungskraft und das damit verbundene Bevölkerungswachstum Potsdams ist ein Thema, das mich als neue Oberbürgermeisterin nachhaltig beschäftigen wird. Wir müssen dafür sorgen, dass das Wachstum Potsdams nicht genau die Qualitäten unserer Stadt zerstört, die ihre Attraktivität ausmacht.

Für die Stadtentwicklung insgesamt heißt das, sie viel mehr als bisher zu gestalten als nur zu verwalten. Als Oberbürgermeisterin werde ich deshalb versuchen, die Entwicklungen ganzheitlich und nachhaltig zu steuern, das heißt auf integrierte Planungsprozesse zu achten, die alle wichtigen Aspekte der Stadtentwicklung wie Wohnen, Arbeiten, Kultur, Umwelt und Natur, Freizeit und Mobilität in den Blick nimmt und berücksichtigt. Die Ausweisung von reinen Wohnbaugebieten auf der grünen Wiese verbietet sich dann ebenso von selbst wie das Auslagern von Arbeitsplätzen oder die Forderung, Potsdam autogerecht zu bauen. Dazu gehört auch, in diese Prozesse künftig die Bürgerinnen und Bürger selbst ebenso einzubeziehen wie die Kompetenz und den Sachverstand von Wissenschaft und professioneller Expertise.

Ich werde in Zukunft vor allem auf die Entwicklung der Stadtteile zu lebendigen Quartieren einen stärkeren Fokus legen. So unterschiedlich sich die Potsdamer Stadtteile darstellen, ob stark geprägt von sozialem Wohnungsbau und renovierter Platte oder von altem Dorfkern, von neuen Wohngebieten oder von lebendigem Kiez, von Sanierungsgebiet oder Villenviertel, es gilt, ihnen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern jeweils ihre eigene Entwicklungsperspektive zu sichern und ihren besonderen Charakter zu wahren und zugleich Altes und Neues miteinander zu verbinden. Ich möchte helfen, unseren Stadtteilen als tragende Säulen der Gesamtstadt die notwendige Geltung zu verschaffen, dort ein funktionierendes Miteinander zu ermöglichen. Eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, Einkaufsmöglichkeiten vor Ort, Nachbarschaftstreffs, Kultur- und Freizeitangebote, nicht zuletzt Arbeitsmöglichkeiten in den Ortsteilen selbst sollen kurze Wege ermöglichen und dazu führen, dass die Menschen sich in ihren Stadtteilen zu Hause fühlen.

2. Fehlentwicklungen

Ihre Frage:

Die Stadt Potsdam hat in den letzten Jahrzehnten eine gute Entwicklung genommen. Dennoch sind Probleme nicht zu übersehen, die auf Versäumnisse und Fehlentwicklungen zurückzuführen sind. Welche Versäumnisse und Fehlentwicklungen würden Sie gern korrigieren?

Meine Antwort:

Unsere Stadt ist bislang zu sehr darauf ausgerichtet, Verwaltungssitz, Wohnstadt und Touristenattraktion zu sein, fixiert auf ein quantitatives Wachstum, das sich auf Grund günstiger Randbedingungen von selbst einstellt. Allzu häufig beschäftigte sich Stadtpolitik nur mit den Folgeproblemen dieses Wachstums (fehlende Wohnungen, Verkehrschaos oder Mangel an Schulen und Kita-Plätzen) und läuft damit den Entwicklungen oft nur hinterher. Es ist deshalb Zeit für eine stadtpolitische Neuorientierung: für ein Wachstum, das qualitativ gestaltet und nicht nur quantitativ verwaltet wird. Dabei setze ich auf eine ganzheitliche Stadtentwicklung, die Potsdam nicht zur reinen Wohn-, Verwaltungs- und Touristenstadt werden lässt. Das heißt, Stadträume müssen für vielfältige und erschwingliche Wohnformen, für hochwertige und umweltschonende Arbeitsplätze, für Schule, Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen oder für soziale und kulturelle Einrichtungen miteinander integriert entwickelt werden. Ganzheitliche Stadtentwicklung schont zugleich Ressourcen und vermindert Verkehrsaufkommen. Deshalb setze ich mich auch dafür ein, dass die Wissenspotenziale aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärker kommunal und gesellschaftlich genutzt werden. Das schließt unbedingt die Unterstützung von Ausgründungsaktivitäten für wissens- und technologiebasierte Start-ups als eine Grundlage für die weitere Entwicklung Potsdams mit ein.

3. Beteiligung der Bürger*innen

Ihre Frage:

*Die Landeshauptstadt Potsdam hat in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, Bürger*innen an der Entwicklung der Stadt zu beteiligen. Jedoch wurde mehrfach die Kritik geäußert, dass die Beteiligungsverfahren so vorstrukturiert waren, dass sie Mitwirkung an Entscheidungen simulierten, aber im Kern nicht tatsächlich gestatteten. Bei einigen kontroversen Themen, wie zum Beispiel der Entwicklung der Potsdamer Mitte wurde, aktive Beteiligung sogar verhindert. Bei welchen Themen werden Sie Beteiligung initiieren?*

Meine Antwort:

Ich möchte, dass sich die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig und wirksam an Entscheidungen unsere Stadt beteiligen können. Das beginnt mit der Bereitschaft, einander zuzuhören und das offene, ehrliche Gespräch zu suchen. Ich werde die schon vorhandenen Ansätze zur Bürgerbeteiligung stärken und ausbauen. Dazu soll auch ein neuer Anlauf für den Bürgerhaushalt beitragen, beispielsweise mit einem eigenen Budget für die Stadtteile. Ich werde einen Jugendrat gründen, der künftig die Interessen von Kindern und Jugendlichen vertritt. Zugleich werde ich immer bereit sein für den Dialog und ihn auch meinerseits aktiv suchen. Ich schätze es sehr, wenn Anders- und Querdenken sich in den Prozess öffentlicher Meinungsbildung einmischt, auch wenn das für den sogenannten Mainstream nicht immer bequem ist. Aber meistens können wir alle voneinander lernen. Das setzt aber auch die Bereitschaft voraus, die eigene Meinung nicht zu verabsolutieren und sich nicht populistisch jeweils selbst zum wahren Vertreter des Bürgerwillens zu erklären. Am Ende müssen wir in demokratischen Verfahren zu Mehrheitsentscheidungen kommen, mit denen dann auch die Minderheit leben muss. Meiner Meinung nach hätte es den Kontroversen um die Potsdamer Mitte gut getan, wenn sie in einer solchen politischen Kultur geführt worden wären.

Ihre Frage:

Wie soll Ihrer Meinung nach der Beteiligungsprozess gestaltet werden, so dass Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen der Kommune gelingen kann?

Meine Antwort:

Ich werde dafür sorgen, dass Möglichkeiten für die rechtzeitige und wirkungsvolle Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt an politischen Entscheidungen stärker genutzt und ausgebaut werden. Dazu gehören echte Mitwirkungsmöglichkeiten im Potsdamer Bürgerhaushalt (zum Beispiel Festlegung von zehn Prozent der disponiblen städtischen Investitionsmittel für die Haushaltsperiode im jährlichen Haushaltseckwertebeschluss, um eine tatsächlich bindende Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen), Open Data für städtische Verträge und Ausschreibungen, die Erweiterung der Auskunfts- und Informationsrechte, Workshops und Abstimmungen vor Planungsentscheidungen, mehr Transparenz der politischen Entscheidungen, mehr Gestaltungs- und Kontrollmöglichkeiten oder die Gründung eines Jugendrates.

Ihre Frage:

Welche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung sehen Sie bei den Planungen zum Entwicklungsgebiet Krampnitz, um neben der baulichen Nachverdichtung und Erweiterung auch Wohnungen mit bezahlbaren Mietpreisen und ein soziales Leben in Vielfalt zu ermöglichen?

Meine Antwort:

Gerade das Entwicklungsgebiet Krampnitz ist ein Beispiel dafür, dass aus bisherigen Fehlern gelernt werden kann. Nicht zuletzt auf Initiativen meiner bündnisgrünen Stadtfraktion wird der Planungsprozess dort sehr ganzheitlich angegangen. Es wird ein klimaneutraler Stadtteil entstehen, in dem der Wohnbau, der Verkehr, Arbeitsplätze, soziale Infrastruktur etc. integriert geplant werden. Bislang verläuft dieser Planungsprozess auch sehr transparent. Alle Bürgerinnen und Bürger können sich mit Kritik, Vorschlägen oder Initiativen bei den öffentlichen Workshops beteiligen. Wünschenswert wäre aus meiner Sicht, dass sich viel mehr Menschen daran beteiligen. Streitpunkt dort ist ja unter anderem die Frage, wieviel Flächen für Pkw-Stellplätze verbraucht werden sollen oder ob wir in Krampnitz intelligentere Verkehrslösungen hinbekommen oder wie viel Flächen für bezahlbare Wohnungen verwendet werden. Für mich ist Krampnitz so etwas wie ein Prüfstein, ob wir es wirklich schaffen, zu einer anderen Art von Stadtentwicklung zu kommen. Und ob wir die Bürgerinnen und Bürger dafür gewinnen, sich rechtzeitig daran zu beteiligen. Und nicht erst, wenn es zu spät ist.

4. Stärkung der Stadtteile - funktionale und soziale Mischung

Ihre Frage:

Die Lebensqualität für die Bewohner einer Stadt hängt in hohem Maße davon ab, wie die Funktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Erholung räumlich und sozial verteilt sind. Leitbilder nachhaltiger Stadtentwicklung wie Dichte und Mischung können für politische Entscheidungen Orientierungen vorgeben. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die funktionale und die soziale Mischung der Stadtteile fördern?

Meine Antwort:

Auch in diesem Punkt stimme ich Ihnen uneingeschränkt zu. Funktional ausbalancierte und gut gemischte Stadtteile bieten nicht nur hohe Lebensqualität sondern vermeiden auch viele höchst problematische Folgeprobleme wie zusätzlichen Verkehr oder Mangel an sozialer Infrastruktur. Wie schon ausgeführt: Ob Groß Glienicke, Golm, Schlaatz oder Babelsberg - alle Stadtteile machen Potsdam aus. Damit ein funktionierendes Miteinander möglich wird, möchte ich unseren Stadtteilen die notwendige Geltung verschaffen als moderne urbane Räume. Dazu gehören Schulen, Kitas, Nachbarschaftstreffs, Arztpraxen, Kultur- und Freizeitangebote, Einkaufsmöglichkeiten und nicht zuletzt Arbeitsplätze und ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr. Die Flächennutzungspläne und Bebauungspläne müssen dafür gegebenenfalls überarbeitet und weiterentwickelt werden.

Es geht mir aber nicht nur um ein gutes Funktionieren im Stadtteil. Eine besondere Lebensqualität macht auch aus, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft und Lebensweise in einer offenen, wertschätzenden Weise im Kiez zusammenleben. Das heißt auch, dass Wohnen in Potsdam weiterhin erschwinglich sein muss. Deshalb setze mich für einen 30prozentigen Anteil von Sozialwohnungen in Neubaugebieten ein. Dies können wir mit unseren kommunalen Wohnungsbauunternehmen und dem derzeitigen Förderprogramm des Landes Brandenburg gut stemmen.

Aber auch Genossenschaften spielen eine wichtige Rolle bei bezahlbarem Wohnraum und sollten bei Ausschreibungen vermehrt berücksichtigt werden. Durchaus interessant, aber in Potsdam leider bisher noch gar nicht umgesetzt, sind auch Erbpachtverträge, wie in vielen deutschen Städten bereits erfolgreich praktiziert. Wir brauchen in Potsdam nicht noch mehr Luxuswohnungen und Villen, sondern sozial gerechte Konzepte.

Ihre Frage:

Wie wollen Sie der sozialer Segregation und funktionalen Trennung entgegenwirken? Was werden Sie zur Stärkung der Stadtteile und ihrer Zentren tun?

Meine Antwort:

Wie schon gesagt, ich engagiere mich dafür, dass Wohnraum mit bezahlbaren Mieten in Potsdam erhalten bleibt und neu geschaffen wird. Um soziale Segregation und Gentrifizierung zu vermeiden, brauchen wir in Potsdam mehr städtische und genossenschaftliche Wohnungen und mehr sozial geförderten Wohnraum. Ich unterstütze den Bau neuer Wohnungen in der Innenstadt und den Stadtteilen auch mit Belegungsbindung, um Mieten bezahlbar zu halten. Ich werde mich für soziale Wohnungsbauprojekte und Mehrgenerationenhäuser und die Schaffung neuer Wohnheimplätze für Studierende einsetzen. Potsdam braucht zudem ausreichende Angebote für Obdachlose zur bedarfsgerechten Versorgung betroffener Mitbürger. Eine meiner ersten Aufträge als Oberbürgermeisterin an die Verwaltung wird sein, mir eine Bestandsaufnahme darüber vorzulegen, welche wirksamen Maßnahmen die Stadt dafür ergreifen kann. Ich selbst denke zum Beispiel, dass die Stadt sich wieder sehr viel aktionsfähiger auf diesem Gebiet machen muss, indem sie einen eigenen Immobilienfonds aufbaut und als Instrument einsetzt.

5. Stadtwachstum und Flächennutzung

Ihre Frage:

*Städte sind Territorien, die eine räumliche Dichte baulicher, funktionaler und soziokultureller Strukturen aufweisen und an ihren Rändern in den ländlichen Raum hinauswachsen. Innerhalb der Stadtgrenzen bieten sie den Bewohner*innen Räume, die der öffentlichen, gemeinschaftlichen und privaten Nutzung offenstehen. Welche Prioritäten sollte Ihrer Auffassung nach die Landeshauptstadt Potsdam setzen, um bei dem durch künftiges Wachstum verursachten Flächenverbrauch ein ausgewogenes Verhältnis von innerstädtischer Verdichtung und weiterer Zersiedelung des vom Freiraum geprägten Umlandes zu wahren? Welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um Ihre Prioritätengewichtung umzusetzen?*

Meine Antwort:

Natürlich werden wir in dieser Situation Zielkonflikte und Abwägungsprozesse haben. Sie in Entwicklungsprozessen zu ausgewogenen Ergebnissen zu führen, wird Teil meines Auftrags als Oberbürgermeisterin sein. Allerdings werde ich eine Chefin der Verwaltung sein, die grün denkt, also nachhaltig klaren inhaltlichen Leitplanken folgt.

Es wird eine der dringlichsten Aufgaben in unserer Landeshauptstadt sein, trotz schnellen Wachstums bezahlbaren Wohnraum bereitzuhalten. Dies bedarf nicht nur einer strategischen Steuerung des Wachstums, sondern auch einer Implementierung von entsprechenden Maßnahmen wie beispielsweise die Vorgabe an Investoren in Form von städtebaulichen Verträgen, die einen Anteil an Wohnungen mit Sozialbindung verbindlich festschreiben. Mir als Oberbürgermeisterin wird sozialer Wohnungsbau immer wichtiger sein als die Erhaltung von Parkplätzen und Garagen.

Für mich als Oberbürgermeisterin ist es tabu, Potsdams Grünflächen und Frischluftschneisen weiter mit Wohnblöcken zuzubauen. Ich werde Kleingärten und Projekte von Urban Gardening fördern und Lebensräume für Pflanzen und Tiere schützen. Ebenso widersetze ich mich jedweder Respektlosigkeit gegenüber den Parks, Schlössern und Gärten des Potsdamer Weltkulturerbes.

Mir wird es immer darum gehen, dass die Menschen in der Stadt gut zusammenleben, in all ihrer Unterschiedlichkeit von Voraussetzungen, Lebenslagen und Kulturen. Und dass wir niemand von diesem Zusammenleben ausschließen, schon gar nicht die Kinder. Das hat Konsequenzen für den sozialen Wohnungsbau, für Kitas und Schulen, für Familienförderung und Gemeinschaftseinrichtungen. Diese Konsequenz wird in allen meinen Abwägungsprozessen sichtbar sein.

Ihre Frage:

Welche Prioritäten sollte Ihrer Auffassung nach die Landeshauptstadt Potsdam setzen, um zu garantieren, dass der weitere Stadtausbau nicht zu Lasten der öffentlich genutzten Flächen geht (zum Beispiel Parks, Waldgebiete, Gartenanlagen, Seen und Gewässer, Uferbegrenzungen)?

Meine Antwort:

Ich denke, diese Frage habe ich schon weitgehend beantwortet.

Ihre Frage:

*Welche Maßnahmen sollte die Stadt ergreifen, um für die Einwohner*innen den Zugang zu öffentlichen Räumen für Kultur, Sport und Erholung zu erhalten und auszuweiten?*

Meine Antwort:

Kunst und Kultur sind in ihrer ganzen Vielfalt ein unschätzbare Reichtum. Ich werde die Kulturschaffenden mit einer partizipativen, transparenten und öffentlichen Kulturförderung nach Kräften unterstützen. Kultur muss allen Menschen zugänglich sein. Deshalb werde ich kulturelle Teilhabe und kulturelle Bildung stärken.

Wer mehr zu meinen kulturpolitischen Positionen wissen will: Hier verweise ich auf das mit mir geführte [Interview mit dem Rat für Kunst und Kultur](#) (<http://rfkk.de/2018/03/25/buergermeister-kandidaten-im-gespraech/>)

Sport- und Bewegungsangebote sollen alle Menschen erreichen, insbesondere auch Kinder, junge Menschen, Mädchen und Frauen, MigrantInnen, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. Ich setze also auf die soziale Dimension des Sports. Für mich gehören Breitensport und Spitzensport eng zusammen. Allerdings werde ich mich dafür stark machen, den Breitensport stärker als bisher zu fördern. Dazu gehört, vorhandene Sportstätten zu erhalten, zu sanieren, nachhaltig zu bewirtschaften und auch, Flächen für den Sport vor dem Verkauf der betreffenden Grundstücke zu sichern. Darüber hinaus werde ich mich dort, wo noch Bedarf besteht, auch für den Neubau von Sportstätten einsetzen.

Wer mehr wissen will: Hier verweise ich auf meine Wahlprüfsteine des Stadtsportbund; zu finden unter: [janny-armbruster/meine-drei-schwerpunkte-fuer-potsdam/](#)

6. Stadt und Geschichte

Ihre Frage:

Der Umbau der Potsdamer Mitte ist von heftigen Kontroversen begleitet und hat zur deutlichen Polarisierung der Stadtgesellschaft geführt. An der Oberfläche kreist der Streit um einige markante Gebäude (zum Beispiel Fachhochschule, Hotel Mercure, Garnisonkirche), im Wesen greift er aber tiefer und berührt den Umgang mit Ressourcen, Geschichte und Zivilgesellschaft. Was sind aus Ihrer Sicht Gründe für den stadtpolitischen Streit?

Meine Antwort:

Ich teile in diesem Punkt Ihre Sichtweise so nicht. Ich möchte vielmehr erreichen, dass wir die zum Teil überhöht ideologischen Debatten überwinden, weil sie meiner Meinung nach bislang entweder allzu theoretisch abgehoben oder allzu dogmatisch waren und unsere Stadt deshalb nicht weiterbringen. Was beispielweise trägt der Potsdamer Kulturkampf zwischen angeblicher Barockisierung und Rettung der Ostmoderne zu der Frage bei, wie wir heute und in Zukunft Stadtstruktur und Stadtarchitektur gestalten wollen? Wieviel Energie haben wir schon in solchen Diskussionen verschwendet? Das hat die Stadtgesellschaft gespalten, anstatt sie in eine produktive Kontroverse zu führen. Ich meine damit ausdrücklich nicht, dass wir unsere Streitthemen unter den Tisch kehren sollten. Aber ich will dazu beitragen, dass eine andere Streitkultur entsteht, in der Diskussionen kreativ und produktiv ausge tragen werden. Dazu habe ich weiter oben schon einiges gesagt.

Als Oberbürgermeisterin werde ich mich jedenfalls nicht hinter solchen Positionen verschanzen, sondern ich werde im Dialog mit den Beteiligten und Betroffenen die qualitativ besten Lösungen suchen. Und die kann, ja muss bei der Wiedergewinnung der Stadtmitte eben anders aussehen als am Brauhausberg oder im Fall des Kreativzentrums und der Garnisonkirche.

Ihre Frage:

Welche Zukunft sehen Sie für die zwei verbliebenen Bauten der Nachkriegsmoderne in der Potsdamer Innenstadt, dem Wohnhaus am nunmehr ehemaligen Staudenhof und dem ehemaligen Terrassenrestaurant "Minsk"?

Meine Antwort:

Wir haben in unserer Potsdamer Stadtmitte wiedergewonnene Straßenzüge und Plätze, die für Menschen und nicht für Autos gedacht sind. Wir haben ein rekonstruiertes Stadtschloss, in dem statt Königen und Kaisern ganz republikanisch unsere gewählten Volksvertreter residieren, wir haben das Museum Barberini und das Alte Rathaus als öffentliche Kulturzentren ersten Ranges, wir haben Geschäfts-, Gast- und Wohnhäuser, und bald werden wir an der Stelle der ehemaligen Fachhochschule lebendige Straßenzüge und Häuser zum Wohnen, Arbeiten und Leben haben, die für alle Menschen da sind und nicht für wenige Spezialisten. Also auch genossenschaftlicher Wohnungsbau, auch sozialer Wohnungsbau.

Ich persönlich bin deshalb den mutigen Menschen ungeheuer dankbar, die nicht erst heute, sondern schon vor mehr als 25 Jahren die Potsdamer Mitte neu gedacht haben und von der autogerechten Betonplanung einer Nachkriegsmoderne abgegangen sind, wie sie nicht nur in der DDR sondern ebenso in der BRD zu inhumanen Stadtstrukturen geführt hat. Wir ernten in der Wiedergewinnung der alten Stadtmitte die Früchte ihrer mutigen Entscheidungen. Und ich denke, wir sollten nun auch selbst mutig genug sein, diesen Gestaltungswillen nicht nur für die Stadtmitte sondern für die ganze Stadt aufzubringen. Denn diesen Mut brauchen wir, wenn wir das Potsdam der Zukunft gestalten wollen.

Ich stehe für eine Stadtentwicklung, in der die reichhaltige Baukultur und das UNESCO Weltkulturerbe in Potsdam gewürdigt und geachtet werden. Ja, Potsdamer Stadtgestaltung lebt von seiner ganzen Geschichte, auch von ihren Brüchen und Widersprüchen. Die Gaststätte „Minsk“, das Hotel Mercure, das Rechenzentrum oder der Staudenhof sind Beispiele für die aufgebrochenen Konflikte zwischen historisch gewachsener Stadtgestalt und Ost-Moderne der DDR. Es gibt noch mehr Beispiele dafür in der Stadt. Ich will, dass diese Konflikte durch eine gelebte Auseinandersetzung so gelöst werden, dass eine neue Qualität entsteht: Stadträume, in denen Geschichte in ihren verschiedenen Phasen erlebbar bleibt und moderne Architektur Kontrapunkte setzt im Sinne einer Weiterentwicklung Potsdamer Baukultur für das 21. Jahrhundert.

In der Bebauung des Brauhausbergs sehe ich gute Chancen, das „Minsk“ als markantes Identifikationsobjekt der Ostmoderne zu erhalten und funktional mit moderner Stadtarchitektur zu verbinden. Deshalb haben wir Bündnisgrünen gemeinsam mit der Linken und den Anderen in der Stadtverordnetenversammlung gegen den Willen des Oberbürgermeisters, der SPD und CDU für eine entsprechende Korrektur des schon angelaufenen Ausschreibungsverfahrens gesorgt.

Das Gebäude des Staudenhofs muss sicher neu betrachtet werden, und zwar wenn nach dem Abriss des alten Fachhochschulgebäudes die Quartiere der wieder gewonnenen Stadtmitte gebaut werden und ihr städtebaulicher Anschluss an die Umgebung zur Debatte steht. Erst dann kann nach einer entsprechenden Untersuchung geklärt werden, ob die Sanierung des Staudenhofs oder ein Neubau sinnvoller ist. In jedem Fall werde ich als Oberbürgermeisterin sicherstellen, dass keine Gentrifizierung stattfindet, also die jetzigen Mieter – viele ältere Menschen, aber auch Studierende – dort auch künftig wohnen können.

Ihre Frage:

Wie stellen Sie sich die Entwicklung des historischen Ortes Garnisonkirche vor?

Meine Antwort:

Inwiefern Orte und Gebäude mit Geschichte aufgeladen sind, darüber gehen Meinungen und Positionen mit Fug und Recht weit auseinander. Bei einer extremen Auffassung allerdings, Gebäude und Orte könnten durch ihren geschichtlichen Kontext so vergiftet sein, dass sie nie wieder benutzt oder hergestellt werden dürften, hätte nach dem Holocaust und all den Nazi-Schandaten eigentlich ganz Deutschland nicht wieder aufgebaut werden und hätte im Reichstagsgebäude nach dem Ermächtigungsgesetz für Hitler nie wieder ein Parlament tagen dürfen. Was bleibt uns, als mit unserer Geschichte zu leben, sie zu bewahren und aus ihr zu lernen? Der Bundestag im umgebauten Reichstagsgebäude als Zentrum unserer neuen parlamentarischen Demokratie oder das Ensemble der Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche als Mahnmal für den Frieden sind für mich überzeugende Beispiele dafür, wie geschichtsträchtige Orte zukunftsorientiert entwickelt werden können.

Sicher atmete unsere Potsdamer Garnisonkirche, wenn man so eine Metapher bemühen will, nicht den gleichen geschichtlichen Geist wie zum Beispiel die Frankfurter Paulskirche, sondern so ziemlich das Gegenteil. Sie war aber immer – wie andere Kirchen auch – Ort christlich begründeten Glaubens. Durch den Krieg beschädigt, aber noch von einer Kirchengemeinde genutzt, wurde der Bau auf Befehl Ulbrichts durch das DDR-Regime physisch eliminiert. Ich akzeptiere grundsätzlich die Entscheidung von Christen in unserer Stadt, diese Zerstörung nicht als letzte Antwort der Geschichte hinzunehmen sondern sich an den Wiederaufbau dieser Kirche zu machen. Gerade als jemand, der in der DDR aufgewachsen ist, möchte ich nicht noch einmal erleben, dass einer Glaubensgemeinschaft, die sich im Rahmen unserer Verfassung bewegt, aus politischen Gründen Vorschriften gemacht werden. Dies widerspricht in jeder Weise dem Geist des alten wie des neuen Potsdamer Toleranzedikts.

Persönlich freue ich mich jedoch sehr darüber, dass die Stiftung Garnisonkirche ihr Projekt in den Dienst der Kreuzkirchenidee und der Versöhnungsarbeit gestellt hat. Das ist für mich – auf geistiger Ebene - durchaus Konversionsprojekten der Stadtentwicklung vergleichbar, die Kasernen in friedliche Nutzungen überführt hat. Ich würde mich deshalb freuen als Oberbürgermeisterin im Verwaltungsrat der Stiftung mitzuarbeiten. Rein städtebaulich halte ich die Wiedererrichtung des Garnisonkirchenturms für einen Gewinn. Wir werden in Konturen auch bald sehen, welche Kontrapunkte er und das Rechenzentrumsgebäude ergeben. Ob, wie von der Stiftung angestrebt, auch das Kirchenschiff in der historischen Gestalt und Funktion wiedererrichtet werden sollte, darüber möchte ich die öffentliche Diskussion gerne fortsetzen. Ich würde mich sehr freuen, wenn bei der Stiftung die Einsicht weiter an Boden gewinnt, dass an Stelle des Schiffs andere funktionale und räumliche, also auch moderne stadtgestalterische Perspektiven entwickelt werden können, die den gelebten Versöhnungswillen des Projekts zum Ausdruck bringen.

7. Rechenzentrum und Kultur- und Kreativwirtschaft

Ihre Frage:

Das Rechenzentrum wird seit 2015 als Kunst- und Kreativhaus zwischengenutzt und hat in dieser Funktion über Potsdam hinaus Bekanntheit erlangt. Es soll 2023 abgerissen werden, obwohl eine Sanierung möglich ist und nachhaltiger wäre, als die Errichtung eines Ersatzgebäudes. Nach jetzigem Planungsstand wird der Neubau im Bereich der alten Feuerwache erhebliche Einschränkungen für die Kultur- und Kreativwirtschaft mit sich bringen: Er wird weniger Raumfläche bieten, soll nur auf bestimmte Branchen fokussiert sein und lässt Mietpreise erwarten, die viele der jetzigen Nutzer des Rechenzentrums nicht bedienen können. Wie stehen Sie zum geplanten Abriss des Rechenzentrums?

Meine Antwort:

Im Gegensatz zu den Angaben in Ihrer Fragestellung ist eine Entscheidung über den Abriss des Rechenzentrums zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geplant, auch nicht in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Auch mit Unterstützung meiner bündnisgrünen Fraktion haben wir im Gegenteil erreicht, dass die Zwischennutzung des Rechenzentrums als Kunst- und Kreativhaus in diesem Jahr nicht beendet werden muss, sondern bis 2023 fortgesetzt werden kann. Als derzeitige Vorsitzende des Beirats des Rechenzentrums weiß ich, dass dieser Erfolg für die derzeitigen Nutzer enorm wichtig war, weil damit die Mieter für weitere fünf Jahre Planungssicherheit haben. Wir haben zugleich beschlossen, dass bis 2023 in der Potsdamer Mitte ein neues Kreativquartier entstehen soll, für das grundlegende Weichen in einem Workshopverfahren gestellt wurden, in dem alle Beteiligten vertreten waren. Damit haben wir der Kultur- und Kreativwirtschaft auch nach 2023 eine Perspektive eröffnet, die nicht weniger sondern mehr Fläche bringen wird. Als Oberbürgermeisterin werde ich dieses Projekt mit Nachdruck vorantreiben.

Ich habe noch nie einen Hehl daraus gemacht, dass es mir bei meinem Engagement nicht um ein Gebäude sondern darum geht, die in der Kunst und in der Kreativwirtschaft wirkenden Menschen zu unterstützen und ihre Arbeitsmöglichkeiten nach Kräften zu fördern. Ob später, wenn für diese Menschen neue Räume geschaffen worden sind, das Gebäude des Rechenzentrums noch erhalten werden kann, ist derzeit offen und wird dann zu entscheiden sein. Für eine Oberbürgermeisterin, die grün denkt, ist es rein baulich betrachtet sicher kein ökologisches Vorzeigeprojekt. Ob seine Qualität als Bau der Ostmoderne eine kostenaufwendige Sanierung rechtfertigt, muss an Hand tatsächlicher Kostenermittlungen geprüft werden.

Ihre Frage:

Welche Forderungen haben Sie an Lage, Gestaltung, Nutzung des geplanten Ersatzbaus?

Meine Antwort:

Ich arbeite als Fraktionsvorsitzende der bündnisgrünen Stadtfraktion und Vorsitzende des Rechenzentrums-Beirats schon jetzt ganz persönlich zum Beispiel in den Workshopverfahren an der Entwicklung eines Kreativquartiers in der Potsdamer Mitte mit. Als Oberbürgermeisterin kann ich dies mit weit mehr Einwirkungsmöglichkeiten tun. Perspektivisch möchte ich erreichen, dass wir eine Kultur- und Kreativmeile in der Innenstadt entwickeln, die sich vom Alten Rathaus und dem Museum Barberini über das Filmmuseum und den Neuen Markt bis zu dem neuen Kreativquartier fortsetzt, einschließlich der dafür erforderlichen Wegebeziehungen. Ich möchte damit die Potsdamer Kunst- und Kreativszene nicht nur mit der Stadt selbst, sondern auch mit den Potsdam-Besuchern in Verbindung bringen, die seit der Eröffnung des Museums Barberini noch mehr den Weg nach Potsdam finden. Lage, Gestaltung und Nutzungsmöglichkeiten des Baus müssen einer solchen Entwicklungsperspektive entsprechen. Allerdings muss dafür auch ein entsprechender Investor gefunden werden.

8. Wohnen

Ihre Frage:

Die Landeshauptstadt Potsdam beschloss 2014 ein Wohnungspolitisches Konzept, das eine Reihe von Handlungsfeldern und Maßnahmen enthält. Was ist Ihre Einschätzung? Welche der Maßnahmen waren bisher erfolgreich, welche nicht?

Meine Antwort:

Mit dem wohnungspolitischen Konzept von 2014 sollte die Handlungsgrundlage zur Wohnraumversorgung der Potsdamer Bevölkerung besser gesteuert werden. Insgesamt sind in dem Konzept 31 Instrumente und Maßnahmen aufgelistet, die die Wohnungssituation beeinflussen sollen. Dazu zählen Wohnungstauschförderung, Sozialwohnungen auch für Potsdamer ohne Wohnberechtigungsschein und der Verkauf von Baugrundstücken unterhalb des Höchstpreises. Einige der Maßnahmen kann die Stadt selbst umsetzen, bei anderen ist sie auf Bundes- oder Landeswillen angewiesen. So kann die Stadt beispielsweise bei der Mietpreisbremse nur mittelbar politisch Einfluss auf Entscheidungen des Bundes nehmen. Erfreulich hingegen ist, dass das Land Brandenburg in dieser Legislaturperiode eine Reform der Wohnungsbauförderung auf den Weg gebracht hat, womit unter anderem eine bessere Förderung von Sozialwohnungen eingetreten ist.

Unabhängig davon haben die Stadt, die Pro Potsdam und die Genossenschaften eine Reihe von Maßnahmen in Angriff genommen. Doch den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt mit der immer weiter auseinandergehenden Schere zwischen Nachfrage und Angebot haben die Maßnahmen zu wenig beeinflusst. Welche Ergebnisse im Detail erzielt wurden, sollte die 2014 mit dem Konzept verabredete Evaluation des wohnungspolitischen Konzepts zeigen. Eine solche sollten wir umgehend durchführen. Weiterhin verweise ich auf die Beantwortung der sich anschließenden Frage.

Ihre Frage:

Wo sehen Sie Handlungsbedarf und welche Schwerpunkte muss sich die Landeshauptstadt Potsdam in der Wohnungspolitik setzen?

Meine Antwort:

Arm und Reich und Jung und Alt sind in Potsdam ungleich verteilt und zwar so, dass einer aktuellen Studie des Wissenschaftszentrums Berlin nach die soziale Durchmischung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen abnimmt. In Potsdam ist dieses Phänomen schon älter als in anderen ostdeutschen Städten, doch politisch wurde gegen die soziale Verdrängung nichts unternommen. Der Anteil armer Menschen in den Plattenbauvierteln liegt heute bei 20,8 Prozent. Zugleich ging er in der Innenstadt von 8,8 auf 7,9 Prozent und in den Vorstädten von sechs auf 4,7 Prozent zurück.

Auch Potsdam kennt also „abgehängte Quartiere“, der Schlaatz ist sicher so ein Beispiel. Politisch bedrohlich daran ist, dass dies bekanntermaßen zu einer politischen Polarisierung führt und wir auch in Potsdam so einen Anstieg an AfD-Wählern erwarten dürften. Nicht zuletzt deswegen, müssen wir hier politisch neuen Strategien folgen.

Als Ausweg für unsere Kommune sehe ich den in Potsdam am Alten Markt eingeschlagenen Weg für Neubau-Projekte auch in anderen Quartieren umzusetzen. Beim Bau neuer Viertel sollten wir den Bauherren strikte Auflagen für einen Anteil von Sozialwohnungen erteilen. Aber auch bei kommunalen Wohnungsbauprojekten plädiere ich dafür, dass der soziale Wohnungsbau mit einem Anteil von einem Drittel der Neubauten massiv verstärkt wird. In Verbindung mit guter verkehrs- und infrastruktureller Anbindung und Arbeitsplätzen vor Ort, sind solche Quartiere meines Erachtens für jedermann attraktiv.

Meine politische Forderung ist weiterhin, mehr bezahlbare und familienfreundliche Wohnungen zu schaffen und den sozialen Wohnungsbau mit einem Anteil von 30 Prozent der Neubauten massiv zu verstärken. Die Potsdamer Stadtpolitik hat aber auch weitere Hebel. Und die heißen nicht, wie der jetzige Oberbürgermeister behauptet, einfach zuzulassen, dass in Potsdam weiterhin so schnell und so viel gebaut wird, wie irgend möglich. Weil dann der Markt durch mehr Angebote alles schon regeln würde. Dem ist nicht so.

Die Stadt darf nicht länger ihre Grundstücke so teuer wie möglich verkaufen, sondern sie muss eher wieder auch eigene Grundstücke beschaffen, damit sie deren Vergabe politisch gestalten kann. Dazu ist die Einrichtung eines städtischen Immobilienfonds aus den Mehreinnahmen geeignet.

Ich hoffe, Ihre Fragen ausreichend beantwortet zu haben und stehe für Nachfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Janny Armbruster
(Oberbürgermeisterkandidatin für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)